

gibt es bereits, sie sind aber noch in den Anfängen, weil noch immer zu viel wertvolle Zeit mit politischen Debatten verschwendet wird, statt das Thema Inklusion wirklich anzugehen. Wenn wir anerkennen, dass wir unsere Perspektive ändern müssen und nicht die Kinder, dann wird unsere Arbeit wieder sehr erfüllend und sinnvoll. Denn nach inklusiven Prinzipien zu unterrichten, kommt der eigentlichen, anspruchsvollen und eigentlich erfüllenden Aufgabe der Pädagogin oder des Pädagogen sehr viel näher als alles, was wir im Moment mehr recht als schlecht versuchen. Inklusiv zu unterrichten macht den Beruf Lehrer_in

wieder zu einer der sinnvollsten, gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die es gibt. Es ist ganz unnötig, Angst davor zu haben. Wer daran zweifelt, dem empfehle ich – ganz konkret – unsere ACT-Workshops in Berlin zu besuchen (www.act-berlin.de), in denen ich mein inklusives Konzept sehr praxisnah und anschaulich weitergebe. Mit dem Erlös aus diesen Workshops finanzieren wir die weitere inklusive Arbeit mit Jugendlichen und den leider noch immer so schwierigen Kampf für einen gesamtgesellschaftlichen Perspektivwechsel hin zu Inklusion. Ich bin aufgrund meiner Biografie überzeugt davon, dass wir uns

derzeit die falschen Fragen stellen und unnötig viel Kraft und Nerven verschwenden in einer völlig sinnlosen Debatte. Wer argumentativ noch mehr Konkretes dazu hören möchte, schaue gerne auf meinen Youtube-Kanal „Rede mal ordentlich, Frau Plath“. Es wäre schön, wenn nicht eine weitere Generation an jungen Menschen darunter leiden muss, dass die für Bildung Verantwortlichen sich in politischen und ideologischen Angst-Debatten verlieren, statt umzudenken und Bildung endlich zukunftsorientiert und inklusiv zu gestalten.

Die Fragen stellte
JOACHIM GEFFERS

TITEL / FLÜCHTLINGE

Ein frommer Wunsch

Dem Anspruch auf Ausgewogenheit in der Verteilung der Flüchtlinge auf die Stadt spricht die Realität Hohn

Der Stadtteil Billbrook hat mit 357 Einwohner_innen pro Quadratkilometer eine sehr geringe Bevölkerungsdichte. Das heißt, es gibt Platz für große Unterkünfte. Und: Billbrook hat den KESS-Index 1 („stark belastete Lage der Schülerschaft“). Außerdem weist der Hamburger Bildungsatlas aus, dass in diesem Stadtteil der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund 98 Prozent beträgt.

In den übrigen neun Stadtteilen mit einer Bevölkerungsdichte unter 500 Personen/km² werden insgesamt nur ähnlich viele Flüchtlinge untergebracht wie in Billbrook. Einer dieser Stadtteile hat KESS-Index 3 „tendenziell belastete soziale Lage der Schülerschaft“ (Neuenfelde mit 308 Plätzen), die restlichen acht haben KESS-Index 5 und 6 („eher bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft“ bzw. „bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft“).

Was ‚spricht‘ noch für Billbrook? Der Stadtteil hat 2.176 Einwohner_innen, davon rund 400 wahlberechtigte Bürger_innen, von denen etwas mehr als 80 zur Wahl gegangen sind. Mit 26,2 Prozent wird damit die geringste Wahlbeteiligung aller Hamburger Stadtteile bei der Bürgerschaftswahl 2014 erreicht. Die AfD erzielt hier mit 13,3 Prozent ihr mit Abstand bestes Ergebnis in der Stadt.

Wie sieht es sonst in der Stadt aus?

Laut den letzten Angaben des ‚Zentralen Koordinierungsstabs Flüchtlinge‘ (ZKF) vom 5.5.2017 leben derzeit 32.661 Personen in Erstaufnahmen und Folgeunterkünften. Auf der Internetseite des ZKF können die einzelnen Unterkünfte für Flüchtlinge mit Standort und Kapazität angesehen werden. Das gleiche gilt für eine Karte der Stadt, auf der die Unterkünfte verzeichnet sind.

Durch einen Klick auf das Symbol für die Unterkunft können die Daten auch dort abgerufen werden. Hier wird angemerkt: „Bei den Platzzahlen handelt es sich um die Normalkapazität. Der tatsächliche Belegungsstand kann abweichen, z.B. aufgrund noch durchzuführender baulicher Maßnahmen.“ Wegen der nicht nachprüfbaren Differenzen sind hier in Rücksprache mit dem ZKF die Zahlen aus der tabellarischen Übersicht für die einzelnen Bezirke übernommen worden (Stand Mitte April 2017).¹

Sozial schwache Stadtteile überproportional belastet

Mit Blick auf die Hamburger Bildungslandschaft sollen hier die Daten der Unterbringungskapazitäten mit den KESS-Indices

¹ <http://www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung-standorte/>



Foto: hz

Wo kommt die Tulpe her?

in Beziehung gesetzt werden: Wie viele Flüchtlinge sind in den Gebieten mit KESS-Indices 1/2, 3/4 und 5/6 untergebracht? Die gewonnenen Daten geben einen Hinweis darauf, ob die soziale Lage in den Stadtteilen bei der Unterbringung der Flüchtlinge eine Rolle gespielt hat oder nicht.

Was ist KESS?

KESS (= „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern – Jahrgangsstufe N“) begann als eine flächendeckende Lernstandsuntersuchung in Klasse 4 der Hamburger Grundschulen im Jahr 2003. KESS als Kategorie für soziale Belastung: Schulen der Kategorie KESS 1 haben die höchste, Schulen der Kategorie 6 die niedrigste soziale Belastung. Die Sozialindizes für die Grundschulen werden auf der Basis sozialer Raumdaten auf Ebene der statistischen Gebiete des Wohnorts der Schülerinnen und Schüler (Arbeitslosigkeit, Hilfsbedürftige und nicht Erwerbsfähige, Wahlbeteiligung) und von Schüler_innen- und Elternfragebögen erhoben und sind zuletzt im Jahr 2013 aktualisiert worden.

Der Vergleich zwischen den Stadtteilen mit KESS 1/2 und KESS 5/6 macht deutlich, dass die bisherige Praxis bei der Ver-

KESS-Index 1: „stark belastete Lage der Schülerschaft“

KESS-Index 2: „eher stark belastete soziale Lage der Schülerschaft“

KESS-Index 3: „tendenziell belastete soziale Lage der Schülerschaft“

KESS-Index 4: „tendenziell bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft“

KESS-Index 5: „eher bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft“

KESS-Index 6: „bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft“

teilung der Flüchtlinge auf die sozialen Gegebenheiten keine Rücksicht genommen hat. Beide Gruppen von Stadtteilen bringen annähernd 10.000 Flüchtlinge unter. Seit der letzten Überprüfung der KESS-Indices im Jahr 2013 haben 15 Stadtteile den Status 1/2. Zehn dieser Stadtteile nehmen die genannte Anzahl von Flüchtlingen auf, fünf bleiben unbelastet (Belastungsspitzen bei Wilhelmsburg (2.134), Billbrook (1.934), Jenfeld (1.700) und in Harburg (1.642)). Den KESS-Status 5/6 haben insgesamt 31 Stadtteile, davon nehmen 17 die oben genannte Anzahl von Flüchtlingen auf. Spitzen bei Niendorf (1.580),

Groß Borstel (1286) und Billwerder (916). Die Stadtteile mit einer ‚eher‘ bzw. ‚bevorzugten sozialen Lage der Schülerschaft‘ verfügen über eine 2 ½ -fach so große Fläche: 261.300 km² zu 104.800 km² gegenüber den Stadtteilen mit ‚stark‘ bzw. ‚eher stark belasteten Lage der Schülerschaft‘. Die Zahl der Einwohner_innen liegt mit 405.000 und 460.000 nahe beisammen. Legt man die Kriterien Fläche, Bevölkerung und soziale Lage für eine Verteilung der Flüchtlinge an (s.u. Orientierungs- und Verteilungsschlüssel), so erscheint die bisherige Verteilungspraxis als sozial ungerecht. Die sozial stabilen Stadtteile tragen einen zu geringen, die sozial belasteten einen Anteil, der ihre Aufnahme- und Integrationskraft zu übersteigen droht.

Für die Schulen in den Stadtteilen mit KESS 1/2 heißt das, dass die zusätzlich zur Verfügung gestellten Sachmittel und das Personal durch die neuen Herausforderungen möglicherweise nicht nur kompensiert, sondern im ungünstigen Fall für längere Zeit – bis zur nächsten KESS-Anpassung – überkompensiert werden. Die betreffenden Schulen geraten in eine Lage, in der sie ihrer Aufgabe immer weniger gewachsen sein könnten. Eine solche Tendenz würde nicht al-

lein den Bereich der schulischen Bildung sondern die soziale Entwicklung des ganzen Stadtteils negativ beeinflussen.

Die geringe Anzahl der wahlberechtigten Bürger_innen in Billbrook an der Gesamtbevölkerung und die dramatisch niedrige Wahlbeteiligung weisen zusätzlich auf ein Problem für die demokratische Willensbildung hin. Es muss vermutet werden, dass die geringe Partizipation der Bevölkerung am Prozess der politischen Willensbildung ein Grund für die starken Belastungen ist, die dem ohnehin sozial schwachen Stadtteil in den letzten beiden Jahren zugemutet worden sind.

Ergänzend hier die Angaben für die 34 Stadtteile mit KESS 3/4: Auch hier gibt es 8 Stadtteile ohne Geflüchtete, die übrigen 26 haben insgesamt 23.500 Flüchtlinge aufgenommen. Fläche hier: 265.000 km² bei 815.000 Einwohner_innen. Mit Abstand am meisten Flüchtlinge hat hier Bahrenfeld mit über 4.000 Plätzen aufgenommen, es folgen Rahlstedt (2.400) und Neugraben-Fischbek (2.008). Auch für die Stadtteile mit KESS 3/4 muss konstatiert werden, dass sie bei ähnlicher Fläche aber doppelt so großer Bevölkerung mehr als die 2-fache Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen haben als die Stadtteile mit KESS 5/6. Die soziale Schieflage ist auch hier offensichtlich.

Was passieren muss

Wenn man den Stand der Flüchtlingsunterbringung ab 2015 kritisch betrachtet, muss man eingestehen, dass viele Lösungen der schlichten Not gehorchten. Die Menschen, die bei uns in Hamburg angekommen sind, mussten so schnell und so gut wie möglich untergebracht werden. Diesen Umstand haben auch die Bürgerinitiativen anerkannt, die der Stadt 2016 über eine erfolgreiche Volksinitiative einen Vertrag zur Unter-

bringung und Integration von Flüchtlingen abgerungen haben: Alle Flüchtlinge, die Hamburg nach dem ‚Königsteiner Schlüssel‘ zugewiesen werden, sollten auch aufgenommen werden. Die Differenz beruhte im Wesentlichen auf den gegensätzlichen Lösungsperspektiven. Die Stadt wollte möglichst große Einheiten an wenigen Standorten, die Initiativen eine kleinteilige Unterbringung mit der Perspektive Integration überall in der Stadt. Im Vertrag vom 12.7.2016 ist Letzteres dann vereinbart worden.² Auf Drängen der Initiativen ist Ende März 2017 ein ‚Orientierungs- und Verteilungsschlüssel‘ (OVS) beschlossen worden, der alle zukünftigen Unterbringungsmaßnahmen regeln soll.³ Nach den Kriterien Fläche (20 Prozent), Bevölkerung (40 Prozent) und soziale Lage der Stadtteile (40 Prozent) soll die Verteilung in Zukunft vorgenommen werden. Grundlage der Berechnung sind nicht mehr die Stadtteile, sondern die mehr als 900 statistischen Gebiete, für die die entsprechenden Daten vom Statistischen Landesamt vorgehalten werden.

Das eröffnet auch einen anderen Blick auf die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten. Hat die Stadt ab dem 12.7.2016 nach größeren Flächen für 100 bis 300 Plätze gesucht – in den dicht besiedelten Gebieten meist vergeblich! –, eröffnet der Blick auf die statistischen Gebiete neue Möglichkeiten. So müsste der Stadtteil Eppendorf mit rund 23.000 Einwohnern (bisher keine Flüchtlinge!) nach dem OVS 415 Flüchtlinge unterbringen, hat aber kaum geeignete Flächen für größere Unterkünfte. Sieht man auf die 11 statistischen Gebiete des Stadtteils, ergeben sich jedoch ganz andere Größen-

² <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/53721/konsens-mit-den-initiatoren-der-volksinitiative.pdf>

³ <http://www.hamburg.de/zkf-aktuelles/8492030/schlüssel-fuer-gerechtere-verteilung-von-fluechtlingsunterkueften-in-hamburg>

ordnungen zwischen 11 und 52 Plätzen, die geschaffen werden müssten. Hier bieten sich auch für die Initiativen vor Ort und die Bezirksverwaltungen neue Perspektiven. Statt wie bisher vor allem vorhandene Grünanlagen zu betrachten, reicht möglicherweise der Teil eines Hauses, das Schließen einer Baulücke, der Ausbau von Dachböden oder die Überplanung eines einstöckigen Supermarkts in zentraler Lage aus, um der oben genannten Selbstverpflichtung der Stadt gerecht zu werden. Weitere positive Effekte verstärken diesen Ansatz:

Die vorhandene Struktur an Bildungs- und Versorgungseinrichtungen steht auch für die geflüchteten Menschen und ihre Familien zur Verfügung und muss nicht neu und separiert aus dem Boden gestampft werden.

Die Akzeptanz eines solchen Lösungsansatzes kann auf beiden Seiten – Anwohner und Flüchtlinge! – höher eingeschätzt werden als die von Provisorien auf der grünen Wiese.

Es wird Wohnraum geschaffen, der zukünftig auf Dauer allen Menschen der Stadt zur Verfügung steht und nicht nach 3, 5 oder 10 Jahren wieder abgebaut werden muss.

Der Prozess der Integration in die Gesellschaft kann nach dem Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung beginnen, weil eine weitere zeitlich eng begrenzte Unterbringung in öffentlich-rechtlichem Rahmen für max. 1 bis 2 Jahre (Folgenunterbringung) entfällt. Dies gilt vor allem für die Kinder und Jugendlichen, die an dem neuen Wohnort Krippe, Kita und Schule bis zu einem angestrebten Abschluss besuchen können. Die Bildungseinrichtungen selbst können ihre neue, herausfordernde Arbeit mit der notwendigen Planungssicherheit und Kontinuität betreiben.

GÖTZ VON GRONE (IFI)
Initiative 'Flüchtlinge nach Eppendorf'